Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Autorität de Gaulles

In den letzten Januartagen hat die Regierung des französischen Präsidenten de Gaulle eine schwere und gefährliche Krise überstanden. Als die Unzufriedenheit der französischen Siedler über das Algerien versprochene Selbstbestimmungsrecht in offene Rebellion umschlug und die Armee dem Treiben der nationalistischen Agitatoren tatenlos zusah, schien es, als werde der Präsident dem Druck nachgeben oder zurücktreten müssen. Fünf Tage wartete de Gaulle ab. Dann machte er in einer eindrücklichen Rede klar, daß er sich von seiner Politik des *Selbstbestimmungsrechts* nichts abmarkten lassen werde, und rief die Armee zur Pflicht. Der Appell wirkte, ebenso wie die vom Staatschef angeordneten Maßnahmen. Die aus algerischen Franzosen gebildeten Territorialtruppen, die die Masse der Aufrührer stellten, wurden unter Androhung des Kriegsgerichts auf ihre Sammelplätze befohlen, die nationalistisch-französischen «Fronten» und «Bewegungen» in Algier aufgelöst und eine ganze Reihe höherer Offiziere ihres Kommandos enthoben. Gegen die Führer der Revolte wurde Anklage erhoben, während ihre zivilen Anhänger vor die Wahl zwischen dem Eintritt in die Fremdenlegion und der Verhaftung gestellt wurden. Schließlich wurde die Trennung von militärischer und ziviler Verwaltung angeordnet und der Armeedienstzweig der «Action psychologique» aufgehoben, der auf Grund der Erfahrungen des Indochinakrieges zur Beeinflussung der Zivilbevölkerung geschaffen worden war, sich jedoch zu einem Instrument der Einschüchterung und oft sogar des Terrors entwickelt hatte.

Das Dilemma der Armee

Die französische Armee hatte seit dem 16. September 1959, an dem de Gaulle die Selbstbestimmung verkündete, vor einem Dilemma gestanden. Seit Jahren lag sie im Kampf mit einem heimtückischen und gefährlichen Feind, vor dem es nur in den Gebieten Ruhe gab, wo die gesamte waffenfähige Bevölkerung in Lagern interniert, tot oder geflohen war. Unter dem Druck der Verhältnisse hatte sie sich besondere Kampfmethoden und eine brutale Härte im Umgang mit dem Gegner angeeignet — in der Meinung, damit Frankreich in Algerien zu verteidigen. Das im Mai 1958 lancierte Schlagwort der *Integration* wurde von der Armee begrüßt, weil es dem Vorwurf begegnete, Frankreich führe einen Kolonialkrieg. Für ein Frankreich «von Dünkirchen bis Tamanrasset» zu kämpfen, erschien den jungen Wehrpflichtigen und ihren Offizieren als eine ehrenvollere Aufgabe. Und nun verwarf de Gaulle diese Parole und wollte die Algerier frei über ihre Zukunft abstimmen lassen und einen allfälligen Entscheid für die Unabhängigkeit akzeptieren! Kein Wunder, daß die Armee dem General nur zögernd folgte. Sie beugte sich aber schließlich der Autorität des Staatschefs, der die nationalistischen Rädelsführer hinter den Barrikaden keine Alternative entgegenzusetzen hatten.

Der Putschversuch von Algier war für de Gaulle die Gelegenheit, unzweideutige Klarheit über seinen Kurs in Algerien wie in Paris zu schaffen. Für *Soustelle*, der seine Opposition offen zu verstehen gegeben hatte, und jene Minister, die in den Stunden der Entscheidung geschwankt hatten, war

kein Platz mehr im Kabinett. Anderseits verringerte sich der Abstand zur Linken. Ein gemeinsamer symbolischer Generalstreik aller Gewerkschaften, auch der Kommunisten, hatte de Gaulle der Loyalität der Arbeiter versichert, und die Sozialisten, die außerhalb der Regierung Debré geblieben waren, offerierten ihre Unterstützung. Wie schon am 13. Mai 1958 vermochte auch diesmal der algerische Funke nicht auf das Mutterland überzuschlagen. Dennoch ist auch nach der Befriedung von Algier in Frankreich nicht alles ruhig. Die Bauernverbände sind unzufrieden über die von Pinay eingeführte Politik des Subventionenabbaus. Berufsmäßige Agitatoren wie der frühere Grünhemdenführer Dorgères schüren im Hintergrund die Unrast, so daß sich de Gaulle vor die Entscheidung gestellt sieht, in der Frage der Produktenpreise nachzugeben und die Inflation wieder in Gang zu setzen oder Zwischenfälle und Unruhen zu riskieren.

Die Schüsse auf dem Forum von Algier riefen bei den algerischen Rebellenführern des FLN zunächst großes Frohlocken hervor. Der innerfranzösische Streit schien ein Nachlassen des Drucks auf die «Befreiungsarmee» anzukündigen, die seit der Abriegelung der tunesischen Grenze schwere Verluste erlitten hatte. Die Illusion dauerte nur kurze Zeit. In der sogenannten provisorischen Regierung herrscht Uneinigkeit. Während der eine Flügel zur Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen neigt, möchten andere ein chinesische Angebot auf unbeschränkte Waffenhilfe akzeptieren und den Kampf mit allen Mitteln, selbst um den Preis einer dauernden Festsetzung Pekings in Nordafrika fortführen. Eine langwierige Konferenz in Tripoli hat vorläufig mit der Niederlage der Anhänger chinesischer Hilfe geendet, doch kam keine Einigung über das weitere Vorgehen zustande. Jedenfalls vermochten die militärischen Führer des Aufstands wie Krim Belkacem gegenüber dem bisherigen «Regierungschef» Ferhat Abbas vermehrtes Gewicht zu gewinnen. Abbas wird seinerseits vom tunesischen Präsidenten Bourguiba unterstützt, der schon seit langem auf einen Ausgleich mit Frankreich hinsteuert.

Frankreichs Atombombe

Mit der Explosion einer Atomwaffe vom Typ der ersten Hiroshima-Bombe in der Sahara ist Frankreich in den Kreis der «Atommächte» eingetreten. Es handelt sich zunächst um einen Prestigeerfolg, der de Gaulle und den Franzosen das Bewußtsein geben mag, daß ihr Land nicht mehr länger auf dieses Attribut einer Großmacht zu verzichten braucht. An den wirklichen Kräfteverhältnissen hat sich allerdings nichts geändert. Vorläufig ist nicht die Rede davon, daß Großbritannien, die Sowjetunion und die USA, die in Genf über ein Abkommen zur Einstellung der *Kernwaffenversuche* beraten, Frankreich zu ihren Verhandlungen zuziehen werden. Auch ohne einen vierten Partner scheint die Verständigung über die Kontrolle verdächtiger Erschütterungen mühsam genug zu sein, so daß kaum mit dem baldigen Abschluß einer Vereinbarung, geschweige denn dem Aufbau eines wirksamen Überwachungssystems zu rechnen ist. Der Gang der Genfer Kernwaffenkonferenz verspricht auch für die *neue Runde des Abrüstungsgesprächs*, die im März ebenfalls in Genf durch je fünf Delegationen aus Ost und West aufgenommen werden soll, wenig Verheißungsvolles. Auf die demagogische Utopie Chruschtschews, der die totale Abrüstung im Weltmaßstab fordert, können die Westmächte niemals eingehen, weil sie sich damit dem guten oder bösen Willen des Sowjetdiktators ausliefern würden; will man aber, wie es der Westen tun muß, über eine stufenweise Abrüstung mit gleichzeitigem Aufbau eines Kontrollsystems reden, so wird die Spionagefurcht der Russen wahrscheinlich auch diesmal schon die ersten praktischen Schritte verhindern. Washington und Moskau haben beide ein Interesse daran, daß die Zehner-

kommission von Genf der im Mai bevorstehenden Gipfelkonferenz irgendeinen Abrüstungsplan vorlegen kann. Damit würde sich die Diskussion von der Berliner Frage, in der die Positionen unvereinbar sind, auf ein harmloseres Feld verschieben lassen, in dem ein eventuell resultierender Fehlschlag nicht derart gefährliche Weiterungen haben müßte wie ein offener Zusammenstoß über das Problem des Viermächtestatus der ehemaligen Reichshauptstadt.

Der italienische Besuch in Moskau

Der für seine Linksneigungen bekannte christlichdemokratische Präsident Italiens, *Giovanni Gronchi*, hat Chruschtschew in Moskau einen Besuch abgestattet, ohne daß die von vielen befürchteten Folgen dieser Koexistenzreise eingetreten wären. Gronchi hielt sich in seinen Gesprächen mit dem Kremlherrscher, trotz vieler Versicherungen über die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens, getreulich an die westliche Position in der Frage des Status von Berlin, womit er den heftigen Unwillen seines Gastgebers — der offenbar etwas anderes erwartet hatte — erregte und Chruschtschew zu Ausfällen provozierte, die in Italien eine heilsame Entrüstung hervorriefen. So kam es, daß Gronchi, dessen atlantische Solidarität oft angezweifelt worden war, nun als ein mutiger Verteidiger der westlichen Politik aus Moskau zurückkehrte. Ließ sich Chruschtschew wirklich gehen oder war sein Auftreten Berechnung? Der Vorfall erinnert an den seinerzeitigen Affront gegenüber Macmillan, als Chruschtschew den außerhalb Moskaus weilenden Gast mit einer aggressiven Rede bloßstellte. Vielleicht mußte er damals wie heute den Kritikern der Koexistenzpolitik in seiner Partei beweisen, daß er Distanz zu wahren verstehe und die Intimität mit den Kapitalisten nicht zu weit treibe.

Chruschtschew unterstrich seine Geringschätzung für Gronchi damit, daß er noch vor dem Ende des italienischen Staatsbesuchs nach Asien abreiste. Er hatte dort allerdings Geschäfte zu besorgen, die ihm als dringender erscheinen mochten: erstens dem Einfluß Eisenhowers in *Indien* entgegenzuwirken, wo der amerikanische Präsident erfolgreich um Vertrauen geworben hatte, und zweitens die Wellen zu besänftigen, die die *Aggressivität Pekings* nach der Unterdrückung Tibets und den Übergriffen an der Himalajagrenze geworfen hatte. Nicht nur zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, auch zwischen Moskau und Peking herrscht heute ein Wettbewerb um die asiatischen Völker, wobei in den Mitteln bezeichnenderweise zwischen Rußland und dem Westen größere Übereinstimmung besteht.

Der Abbau des britischen Kolonialreichs

Am 19. Februar hätte die Republik *Cypern* unabhängig erklärt werden sollen, über deren Schaffung sich in Zürich und London Griechenland, die Türkei und Großbritannien geeinigt hatten. Der Rückzug der Engländer von der Insel verzögerte sich, weil die Regierung von London sich mit den Vertretern der türkischen und griechischen Cyprioten noch nicht über den Umfang der Stützpunkte einigen konnte, die den britischen Streitkräften in Zukunft zur Verfügung stehen sollen. Großbritannien sieht seine Stützpunkte, die einst lückenlos den Seeweg nach Indien säumten, einen um den andern dahinschwinden. Um seine Schutzverpflichtungen im Gebiet des Persischen Golfs erfüllen zu können, bedarf es einer nahegelegenen Basis, die gleichzeitig als Truppenübungsplatz verwendbar sein sollte. Obwohl die Differenzen relativ gering sind, wird mit der größten Hartnäckigkeit verhandelt. Beide Seiten stehen unter Druck, die englischen Vertreter unter dem der Armee und der Rechtskonservativen, die cypriotischen unter demjenigen der EOKA-Führer und der Kommunisten.

Während auf Cypern um die Details einer grundsätzlich längst getroffenen Regelung

gerungen wird, beriet in London eine Konferenz über die Zukunft der ostafrikanischen Kolonie *Kenya*. London beabsichtigt, trotz dem Einspruch der im Land niedergelassenen weißen Siedler, die für ihr Landmonopol fürchten, Kenya im nächsten Jahr eine provisorischen Verfassung zu geben, die ein Parlament mit schwarzer Mehrheit vorsieht. Afrika geht mit immer schnelleren Schritten dem Ende der Kolonialherrschaft entgegen. Die britische Regierung bekennt sich rückhaltlos zur Emanzipation der Schwarzen. Macmillan hat vor dem Parlament der Südafrikanischen Union, die an der Politik der Rassentrennung und damit der Unterordnung der einen Rasse unter die andere festhält, eine Erklärung über die Zukunft Afrikas abgegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ. Nirgends verkennt man, daß der Wettlauf um die Unabhängigkeit und der krude Nationalismus, den die Völker Afrikas untereinander und gegen außen praktizieren, einen zivilisatorischen und organisationsmäßigen Rückschritt darstellt. Der Drang nach Selbständigkeit läßt sich jedoch nicht mehr unterdrücken. Auch Belgien hat sich kurzfristig entschlossen, den *Kongo* aus seinem Staatsverband zu entlassen. Schon am 30. Juni wird die noch vor zwei Generationen dem Königshaus als Privatbesitz gehörende Kolonie die Unabhängigkeit erlangen.

Nemo

Der Osten und die antijüdischen Exzesse in Deutschland

Chruschtschew hat in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 14. Januar zu den antijüdischen Ausschreitungen in Westdeutchland Stellung genommen. «Die jüngsten faschistischen, antisemitischen Exzesse in westdeutschen Städten sind ein charakteristisches Zeichen für das Erstarken der Reaktion, deren Umtriebe der Weltöffentlichkeit schon lange bekannt sind», erklärte er und setzte dann fort: « Noch vor vielen Jahrzehnten, in der Zeit des Wütens der Reaktion im zaristischen Rußland, wurden wiederholt antisemitische Pogrome der Schwarzen Hundertschaften organisiert. Lenin, die Bolschewiki, alle fortschrittlichen Menschen, wandten sich entschieden gegen diese schändliche Erscheinung.»

Diese Erklärung kann nicht anders denn als billige und demagogische Propaganda bewertet werden. Wenn schon jemanden, dann am wenigsten Chruschtschew, ziemt es, im Gewande eines Schiedsrichters oder eines Philosemiten zu erscheinen. Im Westen sind genügend abschätzige Bemerkungn des russischen Parteiherrschers bekannt, die er in Interviews mit ausländischen Korrespondenten über die Juden machte und über welche bereits vor einiger Zeit ausführlich berichtet wurde. Dem bereits Bekannten kann noch zugefügt werden, daß der heutige Kremlherrscher mit vollem Recht als ein Anstifter des antijüdischen Programms der sogenannten Natolin-Gruppe innerhalb der polnischen Parteispitze vor dem Oktoberumschwung aus dem Jahre 1956 gelten kann. Denn es war Chruschtschew, der in den internen Beratungen des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, nach dem plötzlichen Ableben Bieruts im Frühjahr 1956, in Warschau die eindeutig antisemitische Sentenz äußerte: «Genossen, Ihr habt zuviel Rabinowitschs in Eurer Partei.» Mit diesem Satz gab Chruschtschew denjenigen Kommunisten Polens einen Freipaß, die auf Grund ihrer zynischen Gesinnung und der stalinistischen Herkunft nach dem Posener Arbeiteraufstand die eigene Schuld auf die Juden abwälzen wollten und eine regelrechte antisemitische Hetze einleiteten, indem sie die Parole eines «gesun-

den Regulierens der nationalen Verhältnisse in den Parteikadern» verkündeten. Das war nichts anderes als der Versuch, eine «Arisierung» der polnischen Partei herbeizuführen, um die Sündenböcke für das eigene Versagen zu finden. Hätte Chruschtschew einige Monate zuvor nicht die oben zitierte Bemerkung getan, weiß man nicht, ob die «Natoliner» sich eine solche Frechheit erlaubt hätten.

Aber auch wenn man von den früheren Erklärungen Chruschtschews absieht, kommt seinen Feststellungen vor dem Forum des Obersten Sowjets keine besondere Bedeutung zu. Es handelte sich nur um demagogische Floskeln und Phrasen, die lediglich im Vergleich mit seinen früheren Bemerkungen à rebours getan wurden. Denn wenn der Kremlherrscher und seine Mitarbeiter, unter dem Eindruck der in Westdeutschland erfolgten Exzesse, eine tatsächliche Wandlung erlebt hätten, hätte sich dies anders äußern müssen. Die sowjetrussischen Herrscher könnten zum Beispiel die gewaltsame Russifizierungspolitik gegenüber den Juden einstellen und die unter Stalin aufgelösten und verbotenen Kulturstätten, Zeitungen und Theater sowie den Druck der jüdischen Bücher bewilligen. Aber das widerspricht den Grundsätzen der Politik Chruschtschews, die es auf eine planmäßige Beseitigung des «jüdischen Problems» in der Sowjetunion, mit Hilfe der klassischen Methoden einer vom Staat gelenkten Assimilierungspolitik, abgesehen hat.

Die Sowjetführer können natürlich das Argument geltend machen, daß von einem Antisemitismus in der Sowjetunion nie die Rede war. Aber das ist ein Trugbild, das auf einer irreführenden Nomenklatur beruht. In den dreißiger Jahren hat Stalin die Juden als «Trotzkisten» verfolgt. Ende der vierziger Jahre ist der sowjetamtliche Antisemitismus unter den Auspizien der Bekämpfung der «heimatlosen Kosmopoliten» entfacht worden. Und in der letzten Phase des Spätstalinismus, Anfang 1953, sind die «Zionisten» an die Reihe gekommen. Es wechselten also die Synonyme, aber das Wesen des gleichen Phänomens ist immer das gleiche geblieben. Man findet übrigens in dem Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU vom 9. Januar 1960 über das Versagen der Propaganda wiederum Mahnungen, daß der «Kosmopolitismus» bekämpft werden müsse; wenn man aber das schematische Denken der sowjetrussischen Parteifunktionäre kennt, muß dieser Hinweis als ein neuer Ansporn zur Diskriminierung der Juden in der Sowjetunion verstanden werden, denn unter den Kosmopoliten werden generell nur die Juden gemeint.

Dazu kommen noch andere Elemente, vor allem aber die auf den arabischen Nationalismus gezielte Taktik. Die daraus entstehenden Konsequenzen äußern sich nicht nur in der Tagespolitik Moskaus. Wenn man das Standardwerk der sowjetischen Akademie der Wissenschaften über die «Völker Vorderasiens» nachblättert, so findet man dort unter dem Kapitel Israel haarsträubende Definitionen und Urteile. Dabei stammt dieses Werk keineswegs aus der stalinistischen Ära, sondern ist 1957 herausgegeben worden. Gleich zu Beginn des Kapitels auf S. 537 wird die Genesis des Israelstaates ironisch und in Anführungsstrichen als «historisches Vaterland» der Juden diffamiert. Die Rückkehr der Juden aus der Diaspora nach Palästina bezeichnen die Autoren des Werkes als ein «künstliches» Unternehmen. Dieser Geist durchdringt das ganze Kapitel des umfangreichen Buches. Der Judaismus als Religion und der Zionismus als politische Richtung werden schärfstens verurteilt und die Politik der Regierung Israels gegenüber den Arabern als «barbarisch» bezeichnet. Im Endeffekt wird dem Israelstaat die Existenzberechtigung abgesprochen und das ganze Staatsgebilde erscheint beim Lesen dieser pseudowissenschaftlichen Lektüre als ein Produkt der antiarabischen Intrige, die von den Imperialisten des Westens und von den jüdischen Kapitalisten konstruiert wurde.

Es ist ungeheuer schwer, zu durch-

schauen, inwieweit die kommunistische Seite als eine inspiratorische Macht für die antisemitischen Ausschreitungen in Westdeutschland angesehen werden darf. Es wäre geradezu töricht, anzuzweifeln, daß dies aber durchaus im Rahmen des Möglichen liegt. Alle bisherigen Propagandaaktionen des kommunistischen Ostens, von denen man eine Diffamierung der Bundesrepublik in den Augen des Westens erwartete, hatten versagt. Auf der anderen Seite ergab sich für den bisherigen Verlauf und Umfang dieser Kampagnen eine zwingende Logik, daß man dem Militarismus und Grenzrevisionismus die Krone des Faschismus-Antisemitismus aufsetzt. Man darf außerdem nicht vergessen, daß in den letzten Jahren zahlreiche Zusammenkünfte der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere mit den rechtsextremistischen Kreisen, darunter auch ehemaligen SS-Leuten, in Ostdeutschland stattgefunden haben, von denen sogar manches an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Und wenn es den Sowjets gelungen war, solche prominente Feldmarschälle und Generäle Hitlers wie den verstorbenen Paulus und die lebenden Seydlitz, Vincenz Müller, Korfes und viele andere vor ihren Wagen zu spannen, so muß man die Chancen des sowjetrussischen Geheimdienstes, im Hinblick auf die rechtsextremistischen Kreise in Westdeutschland, mindestens genau so hoch einschätzen. Außerdem will es scheinen, daß die Tätigkeit der sowjetischen Geheimorgane im «feindlichen Ausland», insbesondere was die Infiltration, Zersetzungsarbeit und die Beeinflussung neben der reinen Militärspionage unter dem neuen Chef des staatlichen Sicherheitskomitees, Schelepin, im Vergleich zu den Berija-Zeiten, wesentlich schlagfertiger, moderner und überhaupt erfolgreicher geworden ist.

Dennoch, oder gerade deswegen wird man wahrscheinlich die vermeintlichen Zusammenhänge zwischen einer östlichen Aspiration und den Früchten dieser Anstiftung kaum genügend aufklären können, weil die konspirativen Methoden der Kommunisten einerseits und die lächerliche Konkurrenz der westlichen Geheimdienste dies kaum ermöglichen wird. Es genügt aber in die großen Affären des sowjetischen Geheimdienstes zurückzuschauen, als Moskau noch unter wesentlich schwierigeren Verhältnissen ganze Widerstandsbewegungen mit eindeutig «antikommunistischem Gesicht» aufzog, die im Westen völlig glaubwürdig waren, in Wirklichkeit aber von den Chefs der russischen Geheimpolizei im Kreml ihre Direktiven erhielten, kann auch in diesem Fall als lehrreiches Material dienen. Die Fragestellung muß trotzdem so aufgeworfen werden, welchen Nutzen die Sowjets aus den antisemitischen Ausschreitungen in Westdeutschland ziehen und wie sie ihre Reaktion darauf gestalten. Der Nutzen liegt auf der Hand. Endlich konnte man ohne eigenes offenkundiges Auftreten einflußreiche Kräfte gegen die Bonner Republik mobilisieren. Zweitens sind die Deutschen gezwungen, sich um die Gunst der Juden in der Diaspora und — was man nicht vergessen darf — in Israel zu bemühen und ihre tatsächlich oder angeblich philosemitische Legitimation besonders kräftig vorzuzeigen. Daraus gewinnt die Sowjetunion ein Kapital bei den Arabern und die letzte Geschichte mit dem Umschwenken Nassers auf die sowjetrussischen Kredite für den Bau des zweiten Abschnitts des Assuandammes, mit der gleichzeitigen Ignorierung der westdeutschen Offerten, dürfte aus diesem Zusammenhang nicht ganz ausgeschlossen werden. Das ist für die Sowjetunion um so wichtiger, als die Bundesrepublik als Land das fertig bringen konnte, was den anderen westlichen Staaten bis jetzt versagt war, nämlich relativ gute bis sehr gute Beziehungen sowohl mit den Israelis wie auch mit den Arabern zu pflegen. Über die Hintergründe und Motive eines solchen Phänomens braucht man sich hier nicht zu verbreiten. Allein die Tatsache einer solchen seltsamen Konfiguration mußte den Sowjets als Dorn im Auge erscheinen und sie zu Gegenaktionen veranlassen.

Der schlaue Bauernkopf Chruschtschews

hat die Affäre der neonazistischen Umtriebe in Westdeutschland als einen brauchbaren Blitzableiter benützt, um das Odium, das auf seiner Judenpolitik lastet, von der Sowjetunion abzuwälzen. So muß auch der Jubel, die Genugtuung und die Geschäftigkeit, die man in dem ganzen kommunistischen Osten — sogar in den Erklärungen und Presseartikeln der chinesischen Kommunisten — beobachtet, unter dem Aspekt der Auseinandersetzung mit der Bonner Demokratie und mit den westlichen Partnern dieses Staates betrachtet werden.

Eines muß man allerdings festhalten, und zwar das, daß die Dinge in dem kommunistischen Osten nicht bei Namen genannt werden. Die Hauptakzente liegen nicht etwa auf dem Antisemitismus und der Judenphobie, sondern auf dem Faschismus. Das hat zweierlei Gründe. Natürlich wollen der Kreml und seine Trabanten bei den Arabern nicht auf einmal in den Verdacht kommen, sie seien philosemitisch geworden. Der zweite Grund liegt in dem Versuch, den die Sowjets bereits auf der Genfer Außenministerkonferenz unternommen hatten, als sie den Geist der antifaschistischen Koalition wiedererwecken wollten. Mit der Anprangerung des auf die deutschen Verhältnisse gemessen völlig falschen Begriffs des Faschismus operierend, will Moskau alle sogenannten «antifaschistischen Kräfte» mobilisieren, die wiederum nicht mit einer integren Haltung gegenüber dem Totalitarismus jeder Art zu vereinbaren sind. Man will also auf Umwegen die überlebten Parolen aus dem zweiten Weltkrieg wachrufen, um die Demokratie im Westen und namentlich in der Bundesrepublik verletzbar zu machen und den Widerstand gegenüber den kommunistischen oder kryptokommunistischen Verbänden oder Organisationen lahmzulegen und darüber hinaus die Aufmerksamkeit des Westens auf eine Richtung, und zwar auf die Bekämpfung der radikalen Rechte abzulenken und die Kommunisten als «ehrbare Antifaschisten» wiederum salonfähig zu machen.

Wenn man von der Sowjetunion auf die Satellitenstaaten abgleitet, spielen hier bei der Reaktion auf die antijüdischen Umtriebe in Westdeutschland sowohl die generellen Direktiven und Gesichtspunkte Moskaus wie auch die partikulären eigenen Interessen fast eine paritätische Rolle. In fast allen Europaländern benützt man die Gelegenheit, um neben dem Diffamierungsspiel gegenüber Bonn nach russischen Vorsätzen sich von dem eigenen Antisemitismus reinzuwaschen, der ja mehr oder weniger allen Ostblockstaaten in den verschiedensten Schattierungen eigen ist. Die Tschechen lassen aus diesem Anlaß die Verfolgung der Juden, die samt dem Prozeß gegen Slansky entfacht wurden, in Vergessenheit geraten; die Rumänen überbrücken damit ihre Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung und in Polen kann mit Hilfe dieser Waffe ebenfalls manches ausgebügelt werden. Gewiß, man kann der Gomulka-Führung am wenigsten einen Antisemitismus vorwerfen, denn dort hat man nach dem Oktoberumschwung dieses schändliche Phänomen mehrmals gebrandmarkt. Auf der anderen Seite aber darf nicht ganz vergessen werden, daß manche potentielle Antisemiten aus der Natoliner-Gruppe schon wieder in hohen Positionen in Warschau anzutreffen sind und daß nach der Flucht des Obersten Pawel Monat, eines langjährigen Militärattachés Polens in Washington und zuletzt eines Aufsichtsbeamten im Verteidigungsministerium, über alle Militärattachés im ganzen Ausland gewisse Restriktionen oder mindestens Beobachtungen und Vorsichtsmaßnahmen gegenüber den Beamten jüdischer Herkunft durch den neuen Vizechef des Geheimdienstes und alten Stalinisten, General Witaszewski, angeordnet wurden. Diese Art der Ausschlachtung der westdeutschen antijüdischen Ausschreitungen hat in Polen nur einen sekundären Wert, denn im Vordergrund steht der politische Kampf gegen Westdeutschland. Davon zeugen die Akzente, die Gomulka und Cyrankiewicz auf den letzten Kundgebungen bei der Deutung

der antisemitischen Vorfälle in Deutschland legten und das beweisen auch die zahlreichen Manifestationen und Protestveranstaltungen, die wie eine Welle durch ganz Polen und fast alle Betriebe und Institutionen gingen. Hierbei verbindet man den Kern des deutsch-polnischen Gegensatzes um die Oder-Neiße-Grenze mit den neonazistischen Umtrieben. Wahrscheinlich geht es den Organisatoren der machtvollen Reaktion in Polen auch darum, daß man mit Hilfe der Anprangerung der antisemitischen Aktionen in der Bundesrepublik die Anfänge des Vertrauens zu der Bonner Demokratie zerschlägt, die bei den Nichtkommunisten Polens, teilweise bei den älteren Jahrgängen des Bürgertums und zum Teil bei der jungen Generation Fuß faßten.

Diese Welle ist noch keineswegs zum Abklingen gelangt, denn was speziell Polen anbetrifft, werden immer neue eindrucksvolle Veranstaltungen und Protestkundgebungen aufgezogen, welche einen großangelegten politischen Plan erkennen lassen.

Es ist bedauerlich, daß an Hand dieser sowieso schmutzigen und niederträchtigen Vorkommnisse, die sich in Westdeutschland abspielten, ein genau so niederträchtiger Handel mit den menschlichen Gefühlen und mit dem Gewissen im Osten getrieben wird. Da das Zugreifen der Westberliner Behörden in das Bild des angeblichen «Unruheherdes» nicht in den politischen Katechismus der osteuropäischen Kommunisten paßt oder nicht passen darf, wird das Eingreifen des Westberliner Senats entweder verschwiegen oder in unqualifizierbarer Weise entstellt. Das gleiche kann von der Reaktion auf die Stellungnahme des westdeutschen Bundestages und auf die erfolgreichen Verhandlungen und Gespräche, die bis jetzt zwischen der Adenauer-Regierung und den namhaften Vertretern der Juden in der Diaspora geführt wurden, behauptet werden. Daß dabei Kommunisten jüdischer Herkunft mißbraucht werden und Aktionen oder Veranstaltungen in aktiver Form beiwohnen müssen, die mit der objektiven Behandlung des Gesamtproblems und mit den Erklärungen der dazu berufenen Persönlichkeiten des jüdischen Lebens nicht das geringste zu tun haben, vergrößert noch den Abgrund einer unsauberen Taktik und einer wohl bewußten Lüge.

Alexander Korab

Ideologische Differenzen zwischen Moskau und Peking

Seit der Veröffentlichung des Beschlusses des Zentralkomitees der KP Chinas vom 29. 8. 1958 «Über die Bildung von Volkskommunen auf dem Lande», wird in der westlichen Presse von ernsten ideologischen Differenzen im Verhältnis zwischen Moskau und Peking gesprochen. In der Tat gefährdete der Anspruch der rotchinesischen Führer mit den Volkskommunen «eine Form des Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft» geschaffen zu haben, den Führungsanspruch Moskaus im kommunistischen Lager, der heute vor allem auf dem «Erstgeburtsrecht der Sowjetunion» beruht, als erstes Land in die «Phase des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus» eingetreten zu sein, während die übrigen kommunistischen Länder — einschließlich Rotchinas — sich erst in der «Phase des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft» befinden. Dementsprechend war auch die Moskauer Reaktion; sie reichte vom einfachen Totschweigen in den ersten Wochen der Durchführung des Experiments in China über eine versteckte Kritik, daß die Errichtung des Kommunismus nur auf der «Basis der höchstentwickelten Technik, vor allem durch Ausnutzung der atomaren und thermonuklearen Energie» möglich sei[1], bis

zur direkten Ablehnung durch Chruschtschew, der am 1. 12. 58 gegenüber dem USA-Senator Humphrey erklärte, die chinesischen Volkskommunen seien «altmodisch und rückschrittlich». Die Sowjetunion habe unmittelbar nach der Oktober-Revolution einen ähnlichen Versuch gemacht, ihn aber sofort wieder aufgegeben. Den Volkskommunen fehle der materielle Anreiz. Das System der Kolchosen und Sowchosen sei besser.

Diese Äußerung Chruschtschews fiel in eine Zeit, in der die chinesischen Parteiführer auf ihrer Konferenz in Wuhan im Dezember 1958 eine Reorganisation der Volkskommunen beschlossen, «linke Überspitzungen» verurteilten, einige Erleichterungen im Gemeinschaftsleben der Kommunen zuließen und von den Volkskommunen als einer ihrem Charakter nach «sozialistischen Form» sprachen. Westliche Beobachter haben in den Beschlüssen dieser Wuhan-Konferenz ein Nachgeben der chinesischen Parteiführer gegenüber Moskau herauslesen wollen. In Wirklichkeit aber hat Peking die theoretische Grundkonzeption der Volkskommunen als eine «Form des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus» nie aufgegeben.

Unmittelbar nach der Chruschtschew-Kritik gegenüber Humphrey erklärte das Zentralorgan der chinesischen KP «Renmin Ribao» (Volkszeitung): «Da die Verhältnisse in unserem Lande anders sind als in der Sowjetunion, ist es falsch, eine mechanische Nachahmung zu versuchen. Die Kommunen, die in der Sowjetunion in den ersten Tagen nach der erfolgreichen Revolution und in der Anfangszeit der landwirtschaftlichen Kooperativen gebildet wurden, waren ihrer Natur nach kommunistisch. Aber unsere Volkskommunen sind grundsätzlich immer noch sozialistischer Natur[2].»

Die Betonung liegt dabei auf dem «*noch* sozialistischer Natur». Etwas anderes hatten die chinesischen Führer nie behauptet. Bereits in der ersten Volkskommunen-Resolution vom 29. 8. 1958 hieß es: «Erst nach einer Reihe von Jahren, wenn das Sozialprodukt wesentlich gestiegen ist, wenn sich das kommunistische Bewußtsein gefestigt hat, erst dann und nur dann wird unsere Gesellschaft in das Zeitalter des Kommunismus eintreten.» Und im Artikel 2 des Musterstatuts für die Volkskommunen hieß es: «Auf politischem Gebiet hat die Volkskommune die Aufgabe, das sozialistische System zu konsolidieren und energisch die Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen[3].» Treffend bemerkte der chinesische Botschafter in Bukarest, Ke-Bonian, anläßlich der Feier zum neunten Jahrestag Rotchinas: «In der gegenwärtigen Etappe bildet die Volkskommune die Grundeinheit der sozialistischen Gesellschaft, und sie wird auch die Grundeinheit der künftigen kommunistischen Gesellschaft sein[4].»

Die chinesischen Parteiführer haben also die Volkskommunen von Anfang an als eine «noch sozialistische Form» bezeichnet, die jedoch in der Periode des Übergangs zum Kommunismus beibehalten bleibt. Von dieser theoretischen Grundkonzeption sind sie nie abgegangen. Von einer Konzession oder gar einer Unterwerfung gegenüber Moskau kann gar keine Rede sein.

Auch die sowjetischen Parteiführer behaupten ja nicht, daß die Sowjetunion bereits die «kommunistische Phase der Gesellschaft» erreicht habe, sondern daß sich das Land in einem dazu führenden Übergangsstadium befinde. Mit der Einführung der Volkskommunen aber beanspruchen die chinesischen Führer für China das gleiche. Diese Version Pekings ist bis in die jüngste Zeit beibehalten worden, wie dies vor allem aus den Reden und Aufsätzen der chinesischen Parteiführer zum zehnten Jahrestag Rotchinas deutlich zu entnehmen ist. Die Kampagnen in China gegen «linke Überspitzungen» haben längst aufgehört; heute wird der Kampf gegen die sogenannten «Rechtsabweichler» geführt, die für eine Auflösung des Volkskommunen-Experiments eintreten.

Auch im zweiten Volkskommunen-Beschluß vom 10. 12. 1958 als Ergebnis der

Wuhan-Konferenz wurde die Formel vom «allmählichen Übergang zum Kommunismus» nicht zurückgezogen, wie noch heute vielfach in westlichen Kommentaren fälschlich behauptet wird. Deutlich erklärte die Resolution: «Die Entwicklung des Systems der Kommunen hat der Bevölkerung unseres Landes den Weg zur Industrialisierung der ländlichen Gebiete gezeigt, den Weg zum allmählichen Übergang vom Kollektiveigentum zum allgemeinen Volkseigentum in der Landwirtschaft, den Weg zum allmählichen Übergang vom sozialistischen Prinzip ‚jedem nach seiner Leistung' zum kommunistischen Prinzip ‚jedem nach seinen Bedürfnissen'.» Und weiter: «Es kann auch vorausgesehen werden, daß in der künftigen kommunistischen Gesellschaft die Volkskommunen die Grundeinheit unserer gesellschaftlichen Struktur bleiben werden[5].» Mehr war auch in der ersten Volkskommunen-Resolution nicht behauptet worden. Daraus einen Rückzug oder gar eine Kapitulation gegenüber Moskau herauslesen zu wollen, ist wohl mehr als vermessen.

Diese theoretische Grundkonzeption der Volkskommunen wurde in den Reden und Aufsätzen der rotchinesischen Führer zum zehnten Jahrestag im Oktober 1954 mit besonderer Deutlichkeit unterstrichen. So erklärte Liu Schao-tschi in seinem Aufsatz: «Der Sieg des Marxismus-Leninismus in China» (Peking Review, Nr. 39/59): «Obwohl die Volkskommunen ihrem Charakter nach sozialistisch sind, enthalten sie bereits einige Elemente des Kommunismus.»

Gegenüber den sowjetischen Genossen unterstrich der Generalsekretär der KP Chinas, Deng Hsiao-ping, diese Version noch einmal besonders deutlich in einem Exklusivartikel für die Moskauer «Prawda»: «Unter den Bedingungen unseres Landes sind die Volkskommunen mächtige Waffen zur Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus des Dorfes sowie die beste Form der gesellschaftlichen Organisation beim künftigen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus[6].» Trotz der sowjetischen Kritik blieben die chinesischen Parteiführer also im Prinzip bei ihrer Volkskommunen-Version und halten bis heute hartnäckig an der Formel fest, daß diese «die beste Form der gesellschaftlichen Organisation beim Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus» sind.

Deutliche ideologische Differenzen zwischen Moskau und Peking zeigen sich auch bis heute in der Einschätzung der Rolle Stalins. Bereits im April 1956 veröffentlichte das Zentralorgan der chinesischen KP «Renmin Ribao» als Antwort auf Chruschtschews Geheimrede auf dem XX. Parteitag den Grundsatzartikel «Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats». Hier wurden von den chinesischen Kommunisten vor allem «die positiven Seiten» Stalins hervorgehoben, der sich «große Verdienste um die Entwicklung der Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung» erworben habe. Einige Fehler Stalins seien nur auf seine «eigenmächtige Arbeitsmethode» zurückzuführen und keinesfalls «durch das sozialistische System hervorgerufen; es ist natürlich nicht nötig, das sozialistische System zu ändern».

Damit wurde den scharfen Kritiken einiger kommunistischer Führer, vor allem aus den westlichen Ländern, eine deutliche Abfuhr erteilt, die, wie Dennis (USA), offen die Frage nach der Mitverantwortung der gegenwärtigen Führungsgruppe der KPdSU an den Fehlern Stalins stellte, oder, wie Togliatti (Italien) sogar von einer «Degeneration der sozialistischen Demokratie» sprachen. Dieser Artikel des chinesischen Politbüros trug wesentlich zu dem am 30. Juni 1956 vom ZK der KPdSU erlassenen «Sprachregelungsbeschluß»: «Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen» bei, der jegliche Kritik am sowjetischen System scharf zurückwies und deutlich die Grenzen der erlaubten Stalin-Kritik absteckte.

Obwohl die sowjetische Parteiführung heute längst wieder auf die Betonung der Verdienste Stalins eingeschwenkt ist, zeigen sich in der Wertung seiner Rolle doch auch jetzt noch Unterschiede zwischen Moskau

und Peking. Sie wurden offenbar bei den Gedenkartikeln anläßlich des 80. Geburtstages Stalins im Dezember 1959. Der Leitartikel des chinesischen Parteiorgans «Renmin Ribao» vom 21. 12. 59 ist fast ausschließlich den praktischen und theoretischen Verdiensten Stalins gewidmet. Dabei fällt auf, daß Stalins Schriften, besonders sein letztes Werk, «Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR» — vielfach als «Stalins Testament» bezeichnet — als «bedeutendes Werk der politischen Ökonomie des Sozialismus» bezeichnet wird. Und gerade diese letzte Arbeit Stalins ist von den gegenwärtigen Sowjetführern auf dem XX. Parteitag mit besonderer Schärfe verurteilt worden. Sie enthält Leitsätze, von denen man heute in der Sowjetunion längst abgewichen ist, wie zum Beispiel das Verbot, die Maschinen- und Traktorenstationen aufzulösen und deren Maschinenpark an die Kolchosen zu verkaufen. Aber gerade die Auflösung der MTS bezeichnet Chruschtschew heute als wichtigste Reform in der Struktur der sowjetischen Landwirtschaft.

Der sowjetische Gedenkartikel zum 80. Geburtstag Stalins enthält sich jeder Kritik an Jugoslawien. Dagegen wird in dem chinesischen Artikel mit besonderer Schärfe «der moderne Revisionismus Jugoslawiens» verurteilt. China hat die Versuche Moskaus zur Aussöhnung mit Tito nie unterstützt und immer an der Verurteilung Jugoslawiens festgehalten.

Differenzen zeigen sich weiter auf außenpolitischem Gebiet in der Einschätzung der gegenwärtigen «Politik der Entspannung». Es fiel auf, daß Peking in der Berichterstattung über Chruschtschews USA-Reise und die Gespräche mit Eisenhower in Camp David äußerst zurückhaltend war. Auf die von Chruschtschew nach seiner Rückkehr aus den USA in Peking gehaltenen «Anti-Kriegsrede» antwortete Mao Tse-tung mit keinem Wort, obwohl Chruschtschews Mahnung, «den Sozialismus nicht mit Waffengewalt auf andere Länder zu übertragen», deutlich an Pekings Adresse gerichtet war.

Während die Dezember-Nummer der sowjetischen Monatsschrift «Internationales Leben», die als Interpretin der Ansichten der Sowjetdiplomatie gilt, die Weltreise Eisenhowers begrüßte und ihn als «einen friedliebenden Mann des guten Willens» bezeichnete, griff die Pekinger Nachrichtenagentur «Neues China» am 4. Dezember Eisenhower scharf an und beschuldigte ihn, der Welt «einen falschen Frieden zu verkaufen». Im ähnlichen Sinne kommentierte auch «Renmin Ribao» vom gleichen Tage die Eisenhower-Reise.

Während sich die sowjetischen Aufsätze zur Jahreswende optimistisch über die kommende Ost-West-Gipfelkonferenz und den Besuch Eisenhowers in Moskau äußern, hält Peking an der Verurteilung der «Entspannungspolitik» fest. In der Januar-Nummer des theoretischen Organs des ZK der KP Chinas, «Hongqi» (Rote Fahne), setzt Yu Chao-li die massiven Angriffe gegen Eisenhower fort: «Die Völker können sehen, daß hinter Eisenhowers Rauchschleier des ‚Friedens' der kälteste ‚Kalte Krieg' lauert, geführt vom amerikanischen Imperialismus.[7]» Diese feindselige Haltung Pekings verstärkt den Eindruck, daß Chruschtschew und Mao Tse-tung über die notwendige Beendigung des kalten Krieges durchaus nicht einig sind.

Differenzen zwischen Moskau und Peking bestehen also sowohl auf innen- wie auf außenpolitischem Gebiet. Sie zu leugnen, wie sie zu überschätzen, wäre gleich abwegig und gefährlich. Sicher kann man auf Grund dieser Anzeichen nicht von einer Auflösung des Bündnisses zwischen diesen beiden führenden Ländern des kommunistischen Blocks sprechen. Fest steht jedoch, daß China im kommunistischen Lager eine zunehmend eigene Rolle spielt und sich in keiner Weise an Moskaus Weisungen gebunden fühlt. Es geht den chinesischen KP-Führern um eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Moskau in der Führung des kommunistischen Lagers, wenn nicht sogar um die Führung selbst. Interessant ist in dieser Beziehung der Artikel des Pekinger Partei-Ideologen Liu

Lan-tao, aus «Renmin Ribao» vom 28. 9. 1959, der überschwengliche Lobeshymnen auf Mao Tse-tung singt, die den Stalin-Huldigungen aus der Zeit des sogenannten «Personenkults» in keiner Weise nachstehen: «Genosse Mao Tse-tung ist der hervorragendste Revolutionär der Gegenwart, Staatsmann und Theoretiker des Marxismus-Leninismus[8].»

Also weder Chruschtschew noch sonst irgendein Parteiführer der Sowjetunion ist nach Ansicht der chinesischen Kommunisten der «hervorragendste Revolutionär der Gegenwart», sondern Mao-Tse-tung. Das ist ein deutlicher Angriff auf den Führungsanspruch der KPdSU. Haben die chinesischen Parteiführer deshalb die Verurteilung Stalins abgeschwächt und gebremst, um die Rolle des einzigen würdigen Nachfolgers für Mao Tse-tung zu reservieren?

Hans-Georg Glaser

---

[1] Z. A. Stepanjan: «Die Oktoberrevolution und das Wachsen der kommunistischen Formation», «Woprosy filosofii» (Fragen der Philosophie), Moskau, Nr. 10/58, deutsch im Auszug in «Ostprobleme», Nr. 25/26 von 1958. [2] Zitiert nach einem Artikel des dpa-Korrespondenten in Tokio, William Lange: «Der Schein trog», vom 6. 1. 1960 (dpa-Brief). [3] Zitiert nach «Europa-Archiv», Dokumente, D 1, Nr. 1/59. [4] «Neuer Weg», Bukarest, vom 1. 10. 1958. [5] «Beschluß über einige Fragen der Volkskommunen», vom 10. 12. 1958, «Peking Review», vom 23. 12. 1958, deutsch in «Ostprobleme», Nr. 3/59. [6] Deng Hsiao-ping: «Die große Einheit des chinesischen Volkes und die große Einheit der Völker der Welt», «Prawda», Moskau, vom 1. 10. 1959; «Peking Review», Nr. 3/59; deutsch im Auszug in «Ostprobleme», Nr. 23/59. [7] «Peking Review», Nr. 1/60. [8] Liu Lan-tao: «Die Kommunistische Partei Chinas ist der oberste Befehlshaber des chinesischen Volkes beim Aufbau des Kommunismus», «Renmin Ribao», Peking, vom 28. 9. 59; deutsch im Auszug in «Ostprobleme», Nr. 23/59.

Sir Leslie Munro und Ungarn

Die in New York erscheinenden *Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (AFL-CIO, American Federation of Labor, Congress of Industrial Organizations) veröffentlichten in ihrer Dezembernummer Auszüge des von dem Sondeibeauftragten in der Ungarnfrage, *Sir Leslie Munro*, der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 27. 11. 1959 erstatteten Berichtes. Wir geben folgende Angaben wieder:

Die ungarischen Behörden und die Regierung der UdSSR vertreten weiterhin die Ansicht, daß die Ungarnfrage eine innere ungarische Angelegenheit sei und bestreiten daher jede Legalität der Resolutionen der Vollversammlung in dieser Frage. Das hindert sie aber nicht, gleichzeitig zu behaupten, daß ausländische Mächte den Aufstand des Jahres 1956 angestiftet hätten. Tatsächlich können aber auch die ungarischen Behörden nicht leugnen, daß sowjetische Panzer auf die ungarischen Arbeiter geschossen haben, als diese 1956 eine echte Regierung des ungarischen Volkes einsetzen wollten. Ist es nicht sinnlos zu behaupten, es handle sich um eine innere Angelegenheit, wenn das Volk eines Landes das Ziel der militärischen Operationen bewaffneter Streitkräfte einer fremden Macht ist?

Im Laufe des vergangenen Jahres war von grundlegenden Veränderungen in der ungarischen Situation nichts zu bemerken. Noch immer herrscht in Ungarn das durch die bewaffnete Intervention der UdSSR eingesetzte Regime, das heute durch die umorganisierte, neuerstandene Volksarmee und

durch die Arbeitermiliz gegen die Ablehnung seines eigenen Volkes geschützt wird.

Die Prozesse und Hinrichtungen im vergangenen Jahr haben nicht die weltweite Aufmerksamkeit erregt wie das Schicksal von Imre Nagy, Pal Maleter und anderen ungarischen Patrioten im Juni 1958. Wohl erklärten der ungarische Außenminister und sein Stellvertreter im September und Dezember 1958, die gerichtlichen Verfolgungen wegen des Aufstandes von 1956 seien abgeschlossen. Aus Meldungen der ungarischen Telegraphenagentur geht indessen eindeutig hervor, daß derartige Prozesse weiterhin stattfinden. Nach einem Ende März 1959 durchgeführten Prozeß sprach die Volkskammer des Obersten Gerichtshofes folgende Urteile aus: zehn Jahre Gefängnis für den Pädagogen Ferenc Merey, neun Jahre für Sandor Fekete, der vor dem Aufstand Feuilletonredaktor des kommunistischen Parteiorgans «Szabad Nep» war, fünf Jahre für Jeno Szell, einen ehemaligen Botschafter in Rumänien, sechs Jahre für Gyorgy Litvan und zwei Jahre für Andras Hegedus. Sie alle wurden der «Verschwörung zum Sturz der volksdemokratischen Staatsordnung» angeklagt. — Am 17. 10. 1959 gab in Budapest ein «ungarischer Sprecher» auf Fragen westlicher Berichterstatter zu, daß kürzlich verschiedene Todesurteile im Zusammenhang mit angeblichen Verbrechen vollstreckt wurden, die während des Aufstandes von 1956 begangen worden waren. Zehn Todesurteile sollen am oder um den 13. August 1959 gefällt worden sein und acht Hinrichtungen sollen bis zu diesem Tage vorgenommen worden sein. Es wurden ferner 26 Gefängnisurteile gemeldet, das kürzeste in der Höhe von 5 Jahren. Im Februar oder März 1959 soll ferner ein Prozeß gegen eine große Gruppe junger Leute wegen politischer Verbrechen im Jahre 1958 stattgefunden haben. Über die Urteile ist nichts Genaues bekannt. — In bezug auf die gewerkschaftlichen Rechte wird festgestellt, daß in Ungarn die konventionellen Grundsätze der Koalitionsfreiheit nicht beachtet werden.

Die Spitzengliederung der französischen Landesverteidigung

General de Gaulle hat Frankreich mit der Verordnung vom 7. 1. 1959 über die «Allgemeine Organisation der Verteidigung» eine eigentliche *Wehrverfassung* gegeben und damit eine grundlegende Reform des gesamten Wehrsystems eingeleitet. Einem Aufsatz von *Horst von Zitzewitz* über *General de Gaulles Großen Generalstab* im Dezemberheft 1959 der *Wehrkunde* (München) entnehmen wir, daß dieses Grundgesetz der Verteidigung praktisch mit den bisherigen Vorstellungen klarer juristischer und politischer Trennung zwischen dem Friedens- und Kriegszustand aufräumt. Es setzt den kalten Krieg mit seinen politischen Spannungen, seinen revolutionären Umtrieben und der Drohung mit nuklearen Waffen als «vorläufigen» Dauerzustand voraus. Es beendigt die bisherige Unterscheidung zwischen Soldat und Zivilist und bricht mit den überlieferten Vorstellungen von Kampffront und Heimat. Es stellt Frankreich und die Franzosen der Gefahr des nuklearen Krieges gegenüber, der auch eine *totale Verteidigung* bedingt.

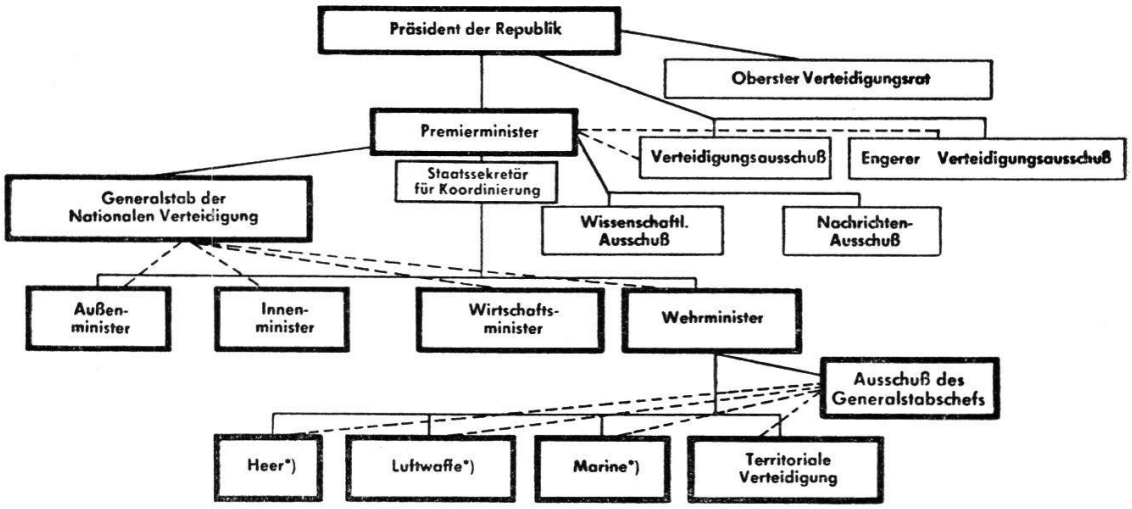
Aufgabe und Ziel der Verteidigung ist es, «zu jeder Zeit und unter allen Umständen die Sicherheit und Unversehrtheit des Landes sowie das Leben der Bevölkerung gegen jede Art von Angriff zu gewährleisten». Die allgemeine Mobilmachung bedarf nicht mehr der Zustimmung des Parlamentes, sondern kann vom Ministerrat dekretiert werden. Als Vorstufe kann der *Warnzustand* für das ganze Land oder nur für Teile angeordnet wer-

den. Er erlaubt, bestimmte Maßnahmen durchzuführen, um die Handlungsfreiheit der Regierung zu sichern, die Gefährdung der Bevölkerung und der wichtigsten Einrichtungen zu verringern und die Mobilmachung und den Aufmarsch der Streitkräfte zu sichern. Der Warnzustand ist zeitlich unbefristet.

Angesichts der Gefahr nuklearer und revolutionärer Kriegführung mißt das neue Gesetz der *inneren Verteidigung* grundsätzlich die gleiche Wichtigkeit bei wie der äußeren Landesverteidigung. Das bedingt eine enge Koordinierung der militärischen und zivilen Verteidigung. De Gaulle strebt die Mobilisierung aller personellen und materiellen Kräfte für die Heimatverteidigung an. Der Wehrdienst mit Waffen und der Hilfsdienst ohne Waffen werden zusammengefaßt im «Nationalen Dienst», der die gesamte männliche Bevölkerung vom 18. bis 60. Lebensjahr verpflichtet. Für die Tauglichen dauert die militärische Dienstpflicht 19 Jahre. Die für den Militärdienst Untauglichen und die Tauglichen, die das 37. Lebensjahr überschritten haben, stehen dem Verteidigungsdienst zur Verfügung.

Die tragenden neuen Ideen des Verteidigungsgesetzes kommen weitgehend in der *Spitzengliederung* der französischen Landesverteidigung zum Ausdruck, die im beigedruckten Schema dargestellt ist.

Organisationsschema der Spitzengliederung



*) Zivilbeauftragter, Chef des Generalstabes und Generalinspekteur

(Abdruck aus Wehrkunde, Heft 12/1959.)

Die oberste Spitze wird vom *Präsidenten der Republik* gebildet, dem in allen wesentlichen Verteidigungsfragen nicht nur das letzte, sondern auch das entscheidende Wort zukommt. Er ist heute nicht nur repräsentativ, sondern auch faktisch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Auf der zweiten Stufe ist der *Premierminister* für die Leitung der allgemeinen und der militärischen Verteidigung verantwortlich. Indem de Gaulle die verantwortliche Leitung der Landesverteidigung aus der Ressortebene in die Hände des Premierministers legte, brachte er auch in der Spitzengliederung den umfassenden Gedanken der totalen Landesverteidigung zum Ausdruck. Beratendes und ausführendes Organ des Premierministers für die Wehrpolitik, für die strategische Planung und für die Führung der Verteidigung ist der *Generalstab der Nationalen Verteidigung*, dessen Chef nach einem Dekret vom 7. 2. 1959 dem Premierminister unmittelbar unterstellt ist. Als erster militärischer Berater der Regierung verkörpert der Chef dieses Gene-

ralstabes der Nationalen Verteidigung zugleich die höchste militärische Autorität. Sein Generalstab bearbeitet in sieben Abteilungen die folgenden Aufgaben: Allgemeine (politische) Angelegenheiten, allgemeine Organisation, militärische Planung und Operationen, Nachrichtenwesen, wirtschaftliche Angelegenheiten, Information und psychologische Verteidigung sowie Elektronik und Chiffrierwesen. Als eine seiner Hauptaufgaben lenkt der Chef dieses Generalstabes die Verteidigungsmaßnahmen der einzelnen Ministerien und koordiniert deren Ausführung.

Auf der dritten Stufe folgen die einzelnen Ministerien, die an der totalen Verteidigung mitwirken. Der *Wehrminister* trägt nach den Weisungen des Premierministers die Verantwortung für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und für die Durchführung der Militärpolitik. Er hat Befehlsgewalt über alle Truppen. Ihm steht der *Wehrmachtsgeneralstab* zur Seite für organisatorische Aufgaben und für die Koordinierung der drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine sowie der territorialen Verteidigung. Durch die Bildung eines Generalstabes der Nationalen Verteidigung hat der Wehrmachtsgeneralstab viel von seiner früheren Bedeutung verloren und insbesondere seine früheren Funktionen in der Verteidigungspolitik, in der strategischen Planung und als oberstes Führungsorgan eingebüßt.

Der *Innenminister* ist für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Sicherheit sowie für die zivile Verteidigung verantwortlich. Es fällt daher auf, daß die territoriale Verteidigung dem Wehrminister unterstellt ist und nicht dem Innenminister. — Der *Wirtschaftsminister* lenkt die Verteidigungsmaßnahmen auf allen Wirtschaftsgebieten und bereitet für den Ernstfall die Sicherstellung des ersten Verteidigungsbedarfes sowie die staatliche Kontrolle der wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes vor.

Neben diesen entscheidenden und ausführenden Organen steht noch eine Reihe *konsultativer Organe*. Als beratendes Organ der Regierung in allen Verteidigungsfragen fungiert der Oberste Verteidigungsrat (Conseil supérieur de défense). Beschlüsse über Grundfragen der allgemeinen Verteidigung werden im Verteidigungsausschuß (Comité de défense), solche über die militärische Verteidigung im engeren Verteidigungsausschuß (Comité de défense restreint) gefaßt. Dem Premierminister unterstehen ein Ausschuß für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Verteidigung (Comité scientifique de la défense) und ein interministerieller Ausschuß zur Lenkung und Koordinierung des Dokumentations- und Nachrichtendienstes (Comité interministeriel du renseignement).

Das Gesamtbild der Spitzengliederung der Landesverteidigung schafft bereits im Frieden — sprich im kalten Krieg — Befehls- und Zuständigkeitsverhältnisse, die im Ernstfall keiner wesentlichen Änderung bedürfen. Es erweckt aber auch beim deutschen Verfasser des auszugsweise wiedergegebenen Aufsatzes mit seinen insgesamt fünf Generalstäben und seinen vielen Ausschüssen den Eindruck, die französischen Planer seien der Gefahr der Überorganisation erlegen, wogegen die Gewichtsverteilung zwischen Zivil und Militär eine gute und zweckmäßige Lösung gefunden hat.